Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 16,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 132. Donnerstag den 12. Mai 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Schleußenanlagen auf der südlichen Seite des Theaterplatzes, sowie eines Schleußenbogens 3. Classe von der Schleuße des Brühl nach der Schleuße der Katharinenstraße ꝛc. ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiervon in Kenntniß gesetzt.

Leipzig, den 9. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cichorius.

Waldgräserei-Verpachtung.

Mittwoch, den **18. Mai c.** soll im Forstreviere Connewitz die diesjährige Grasnutzung unter den im Termine näher bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Zahlung der Pachtsumme nach dem Zuschlage parcellenweise meistbietend verpachtet werden.

Zusammenkunft:
I. **Vormittags 9 Uhr** am Streitteiche bei Connewitz und
II. **Vormittags 11 Uhr** an der Weißen Brücke auf der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 3. Mai 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

In der **Thomasmühle** ist eine **Feuermeldestelle** eingerichtet worden und es werden daselbst Tag und Nacht Feuermeldungen entgegengenommen.

Leipzig, am 30. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Ober-Postdirection lagern die nachbezeichneten **unbestellbaren Postsendungen: Einschreibbriefe. Aus Leipzig:** an **Joseph Koepke** aus Frankfurt a. M. in Berlin vom 1./10. 80, an **Eduard Müller** in Uchelstädt bei Gotha vom 29./10. 80, an das **Gemeindeamt** in Oberammergau vom 25./8. 80, an **Fürst Joseph Sulkofsky** in Kopenhagen vom 16./11. 80; **aus Leipzig-Gohlis:** an **Frau Kiebel** in **Gohlis** vom 24./11. 80; **aus Glauchau:** an Fräulein A. D. bei **Frau** Fischer in Dresden vom 12./10. 80; **aus Stollberg i. E.:** an Wobecni Predstawení in Lukowitz bei Weinitz in Böhmen vom 5./9. 80; **aus Leipzig-Reudnitz:** an **R.** Löffler in **New-York** vom 18./10. 80. **Briefe mit nicht angegebenem Werthinhalt. Aus Leipzig:** an Frau Frieda Fillack in Lindenau, Tschocherische Str. 5, II. vom 12./12. 80, an (ohne Adresse und Bestimmungsort) vom 1./12. 80. **Postanweisungen. Aus Leipzig:** an das Kgl. Amtsgericht in Hohenmölsen vom 1./11. 80 über 2.00 ℳ, an Bertha Thurnhofer in Zschammerdorf bei Schweibendorf i. **Schlesien** vom 14./11. 80 über 18.00 ℳ, an **Packträger Wagner** Nr. 268 in Halle a. S. vom 19./11. 80 über 1.00 ℳ, an die Steuer-Commission in Berlin vom 8./12. 80 über 11.76 ℳ, an die **Casse des Amtsgerichts**, Abth. III. a/A. in Dresden vom 22./12. 80 über 2.45 ℳ, an W. Hegelberg in Berlin SW. vom 20./12. 80 über 13.90 ℳ, an die Kaiserlich Deutsche Botschaft in London vom 25./8. 80 über 4.61 ℳ; **aus Eisenberg:** an Hellmann in Liegnitz vom 1./8. 80 über 3.00 ℳ.

Die unbekannten Eigenthümer bzw. Absender der vorbezeichneten Gegenstände werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche an dieselben binnen 4 Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei einer Postanstalt des diesseitigen Bezirks geltend zu machen.

Haben sich nach Ablauf der vorgedachten Frist zur Rückforderung Berechtigte nicht gemeldet, so werden die Geldbeträge der Post-Unterstützungscasse überwiesen.

Leipzig, den 7. Mai 1881.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Königl. Sächs. Standesamt.

Wegen Reinigung der Localitäten sind die Expeditionen des Standesamtes

Donnerstag, den 12. Mai d. J.

von Mittags 12 Uhr ab geschlossen.

Leipzig, am 9. Mai 1881.

Der Standesbeamte:
Director Julius Burckhardt.

Auction.

Bei dem unterzeichneten Haupt-Zollamte sollen
den 14. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr
im Revisions-Local Nr. 3
582.60 kg abgenommene Verschlußbleie und
circa **1750 kg Maculatur**
unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen,
sowie **ein hölzernes, 4 m langes und 1.8 m hohes Geländer**
öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden.

Leipzig, den 4. Mai 1881.

Königliches Haupt-Zollamt.
Kersten.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Proviant-Amte soll die Lieferung von
192 Stück Zwieback-Kisten
vergeben werden und ist hierzu für
Montag, den 16. Mai 1881, Vormittags 11 Uhr
im Bureaulocal Schloß Pleißenburg, Thurmhaus 1 Treppe, Termin anberaumt worden, wozu hiermit eingeladen wird.

Die Lieferungs-Bedingungen liegen von heute an im obengenannten Locale zur Einsichtnahme aus.

Etwaige Offerten sind bis zum vorbezeichneten Termine portofrei anher abzugeben.

Leipzig, am 9. Mai 1881.

Königliches Proviant-Amt.

Fernsprech-Anlage.

Diejenigen Firmen, welche die ihnen zugestellten, auf die Betheiligung an einer Fernsprech-Anlage bezüglichen **Fragebogen** noch nicht zurückgeschickt haben, werden hierdurch ersucht, dies gefälligst
bis zum 16. d. M.
nachzuholen. Nähere **Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Sache** wird auf dem Bureau der Handelskammer, Neumarkt 19, I, bereitwilligst ertheilt.

Leipzig, den 11. Mai 1881.

Für den Verkehrs-Ausschuß der Handelskammer.
Schnoor. Dr. Gensel.

Die Inhaber der von unseren Filialen als abhanden gekommen angezeigten Interimsscheine über die Sparcassenbücher Serie I. Nr. 67,524 und Serie II. Nr. 52,226 werden hierdurch aufgefordert, dieselben innerhalb drei Monaten und längstens am 15. August d. J. an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben oder ihr Recht daran zu beweisen, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß den Anzeigern die Bücher ausgehändigt werden werden.

Leipzig, den 11. Mai 1881.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 12. Mai.

Noch kein Lichtstrahl hat sich in Rußland gezeigt, geeignet, die finstere Verwirrung, die dort herrscht, zu erhellen und eine Bahn zu beleuchten, die zu sicheren Verhältnissen hinführen könnte. Die alten Zustände schleppen sich trotz aller Warnungen weiter, als ob sie eine ewige Krankheit wären. Da ist nun die Verfassungsfrage nach allen Richtungen durchberathen worden und schließlich scheint man eben so weit zu sein wie zuvor, d. h. es geschieht Nichts. Das ist ein Tappen im Dunkeln, ein Rennen, ein Stolpern, ein Blindekuhspielen, daß man manchmal lachen möchte, wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre. Von Dem, was nunmehr in Rußland geschieht, hängt nicht nur die Ruhe des Landes und die friedliche Entwickelung seiner Zukunft ab, sondern es ist ganz zweifellos, daß das westliche Europa wird hineingezogen werden in den allgemeinen Wirrwarr, der im Osten entstehen dürfte, wenn nicht bald eine mächtige und ordnende Hand eingreift.

Es giebt sehr wenige Kenner der russischen Zustände und daher muß es um so beunruhigender wirken, wenn diese Wenigen dem unterwühlten russischen Reiche eine so trübe und trostlose Zukunft stellen. Ein solcher Beobachter — und zwar einer, der zu den zuverlässigsten gerechnet wird — hat neulich ein Buch erscheinen lassen, betitelt: „Von Nikolaus dem Ersten bis zu Alexander dem Dritten“, in welchem mit dürren Worten gesagt wird, daß Rußland, so wie es jetzt beschaffen sei, einer großen revolutionairen Veränderung nicht entgehen könne. Der Verfasser meint, wenn die vielberufene „Redactions-Commission“ die Reformvorschläge, die man ihr vorlegen werde, begutachten werde, so werde sie finden, daß die Zugeständnisse, zu denen man sich entschließen wolle, lange nicht hinreichend seien, um die von der Nation geltend gemachten Bedürfnisse zu befriedigen. Dann würde es heißen, daß die Concessionen der Regierung hinter den mäßigsten Erwartungen zurückgeblieben seien und daß die Initiative der Regierung nicht genügend sei. Selbstverständlich werde sich dann die Commission selbst die Initiative zueignen, und dann — so sagt der Verfasser — hat der Kreislauf der Revolution bereits begonnen.

Kommt es zu einer russischen Nationalversammlung, bei der selbstverständlich auch die Provinzen vertreten sein müssen, so wird die Verschiedenheit der Stämme mit der Verschiedenheit ihrer Interessen zweifelsohne zu heftigen Kämpfen führen, denn namentlich die Polen werden sich, wie der Verfasser obiger Schrift ausführt, ihren Antheil an einer russischen Revolution nicht nehmen lassen; und außerdem sind auch die Finnländer, die Deutschen in den Ostseeprovinzen und andere Elemente da, die zweifelsohne eine russische Revolution benutzen würden, um sich ihre Selbstständigkeit zu erkämpfen. Wenn eine solche Bewegung einmal begonnen hat, dürfte sie nicht leicht wieder aufzuhalten sein, und die „revolutionaire Ueberfluthung der sarmatischen Hochebene“, von welcher der eben citirte Schriftsteller spricht, könnte leicht zur Thatsache werden. Dazu tritt die allgemeine und sehr begründete Befürchtung, daß eine slavische Revolution, in Folge der mangelnden Bildung der Massen, sehr rohe Formen annehmen möchte.

Die Regierung sieht natürlich dieses Alles eben so gut voraus wie andere aufmerksame Beobachter. Sie fürchtet begreiflicher Weise, beim ersten, wenn auch noch so geringen Nachgeben möchte das Heft ihren Händen entgleiten; sie möchte in die Wirbel einer Bewegung hineingerathen, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist und von der man heute nicht weiß, ob sie mit der Anarchie oder mit einem Despotismus, mit der Monarchie oder der Republik, mit dem Absolutismus oder dem Constitutionalismus enden wird. Das ist es, warum die Regierung des neuen Zaren so sehr zögert, irgend einen Schritt zu thun; denn sie weiß wohl, daß sie nicht mehr wird zurücknehmen können, was sie einmal aus den Händen gegeben haben wird.

Aber dies Zögern wird nicht nützen, denn der jetzige Augenblick der scheinbaren äußeren Ruhe ist nur das Intermezzo der Spannung, welches dem Angriff vorauszugehen pflegt. Sicherlich würde die neue Regierung am übelsten thun, wenn sie diesen Augenblick der Spannung verstreichen ließe, ohne überhaupt Etwas zu thun. Denn dann würde sie in den Ruf der Unfähigkeit kommen, und Das ist für eine Regierung fast schon so viel wie ihr Sturz. Soll Rußland vor großen Katastrophen bewahrt bleiben, so muß ihm eine verständig organisirte Constitution zu Theil werden, und je früher sich die neue Regierung dieser Ueberzeugung erschließt, desto besser.

In der am Dienstag im Reichsamt des Innern unter Vorsitz des Staatsministers v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths einigte man sich u. A. dahin, die Aufnahme der Bestimmung wegen Berufung des Reichstags im October jeden Jahres in Artikel 13 der Reichsverfassung für unannehmbar zu erklären.

In fünfstündiger Sitzung brachte am Dienstag die Unfallcommission die erste Lesung des Gesetzes zu Ende. Der §. 56 enthält die Keime zur Einfügung von Privatanstalten in dies Gesetz. Bei der Berathung des §. 1 konnte es noch erscheinen, als würde das Centrum zum Wachsthum dieser Keime beitragen. Die Abstimmung ergab nunmehr, daß gegen das Zugeständniß der rein particularistischen Landesanstalten die sämmtlichen Privatversicherungsgesellschaften geopfert wurden. Nachdem ein Antrag Freund, der dieselben erhalten will, abgelehnt war, vertrat der Abg. Dr. Buhl seine mit großem Fleiß ausgearbeiteten Bestimmungen, die den Beweis führen sollten, daß die Garantie für die nothwendige Sicherheit recht wohl zu schaffen sei. Trotz warmer Befürwortung von mehreren Seiten, konnte sich die Commission nicht überzeugen, daß diese Sicherheit geboten werde. Dagegen gelangten die Anträge des Abg. Stumm, die auf Erhaltung der Knappschaftscassen gerichtet sind, zur Annahme. Die so schwer zu findenden Sicherheiten waren hier plötzlich sehr rasch bei der Hand, obwohl die beiden Regierungsvertreter klar nachwiesen, daß die Anträge des Herrn Stumm theilweise recht unverständlich seien, und wiederholt auf die Widersprüche hinwiesen, die durch das Aufgeben der Reichsanstalt entstanden seien. Da aber der Abgeordnete Dr. v. Hertling im Namen des Centrums erklärte, dasselbe würde nur, wenn die jetzige Fassung des §. 1 aufrecht erhalten bleibe, für den neuen §. 56 stimmen, so wird es wohl bei den Landesanstalten bleiben. Damit ist von der conservativ-clericalen Verschmelzung die Verständigung besiegelt über die Köpfe der nationalliberalen Commissionsmitglieder, die dem Gesetz ohne Ausnahme freundlich gegenüber stehen. Eine Subcommission von fünf Mitgliedern wird bis zum Freitag die neue Redaction vornehmen, an welchem Tage die nächste Sitzung stattfindet.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle in den Verhandlungen über den Zollanschluß der Hansestädte spielen die Fragen der Eisenbahntarif-Politik, auf welche schon mehrfach das Augenmerk gelenkt worden. Als im Anfang des Jahres 1880 die Aufhebung der für die Seehäfen bestandenen Ausnahmetarife erfolgte, da geschah Dies nicht blos in Consequenz des Maybach'schen Systems, sondern es war damit, wie man jetzt erfährt, ein Druck auf Hamburg und Bremen beabsichtigt, denen auf diesem Wege gezeigt werden sollte, wie ihr Wohl und Wehe von den Maßnahmen der preußischen Regierung abhänge, und wie man sie für ihr eventuelles Entgegenkommen auch wohl geeigneten Falls belohnen könne. Jetzt hält Fürst Bismarck den Zeitpunct für gekommen, den allzu straff gespannten Bogen nachzulassen. Die damalige Wendung in der Tarifpolitik ist ebensosehr sein Werk, wie es der heutige Umschwung ist, und der Verkehrsminister Maybach erscheint nur als das ausführende Zwischenorgan. In Hamburg und Bremen wird man freilich sehr vorsichtig in der Beurtheilung der Frage sein, ob die angebotenen Vorschläge im Tarifwesen auch genügend gewährleistet sind. Vielleicht findet man dort, daß Erleichterungen, die absolut von dem Ermessen des preußischen Eisenbahnministers abhängen, nur ein jederzeit widerrufliches Geschenk, aber kein garantirtes Recht sind. Der Boden für das Entgegenkommen ist also, was diesen Punct anlangt, ein sehr unsicherer. Uebrigens bedürfen die umlaufenden Nachrichten über die schwebenden Verhandlungen in einer Stelle der Berichtigung. Es wird mehrfach so dargestellt, als ob das energische Eintreten des Fürsten Bismarck für das Nordostseecanal-Project dem Verlangen entspringe, den Hamburgern ein Paroli zu bieten und durch Schaffung eines großartigen Seehafens etwa bei Glückstadt die Hansestädte matt zu setzen. Nach unserer Kenntniß ist das Gegentheil so sehr der Fall, daß vielmehr gesagt werden muß, die Protegirung des Nordostseecanals durch den Reichskanzler gehört mit zu jener Kette von Maßnahmen, mit welcher den Hamburgern ein Entgegenkommen bewiesen werden soll. In der That haben diese an dem Bau des Canals ein so großes Interesse, daß es geradezu thöricht erscheint, ihnen die Absicht einer Verhinderung des Projects unterlegen zu wollen. Was aber die beabsichtigten Hafenanlagen an der Unterelbe betrifft, so werden diese sehr bald in dasselbe Verhältniß zu Hamburg gerathen, wie etwa Bremerhaven zu Bremen, nämlich einfach in dasjenige unbedingter Abhängigkeit.

Die Aeußerungen der Hamburger Rheder und der dortigen Handelskammer über das französische System der Schifffahrtsunterstützungen weisen, wie zu erwarten gewesen, eine Nachahmung dieser Maßnahmen für Deutschland mit größter Entschiedenheit als unnöthig und sogar schädlich zurück. Die ganze Frage ist bekanntlich neuerdings nur dadurch angeregt worden, daß der Reichskanzler eine Denkschrift über die neuesten Maßregeln der französischen Regierung auf diesem Gebiet an den Reichstag gerichtet hat, eine Denkschrift, in der zwar von der Zuwendung ähnlicher Unterstützungen an die deutsche Handelsflotte mit keinem Worte die Rede war, in der man aber einen anderen Sinn und Zweck doch nicht erkennen konnte. Die begutachtenden Stimmen aus den Kreisen, die allein ein Interesse an solchen Unterstützungen haben könnten, sind nun übereinstimmend so ausgefallen, daß man wohl voraussehen darf, der Reichskanzler werde einem flüchtig in Betracht gezogenen Gedanken keine weitere Folge geben, eine in die Oeffentlichkeit geworfene Anregung sich nicht zu bestimmten Vorschlägen verdichten lassen. Die erwähnte Denkschrift ist bisher im Reichstag nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden und es ist sehr fraglich, ob es noch dazu kommen wird; der Erfolg könnte nicht zweifelhaft sein, nachdem die Wohlthaten von Denen, welchen sie zugedacht waren, mit größter Entschiedenheit abgelehnt worden sind.

Die conservative Partei hat bisher stets über die Lauheit geklagt, die ihre Anhänger bei den Wahlvorbereitungen bewiesen. Besonders zu Geldspenden wollen sich selbst wohlhabende und sehr reiche Parteigenossen sehr schwer verstehen, und mit einer Art von Staunen blickte man auf die Opferwilligkeit, mit welcher z. B. die Socialdemokraten aus einer großen Zahl kleiner Einzelbeiträge recht beträchtliche Wahlfonds ansammelten. Jetzt auf einmal hat indeß bei den verbündeten Conservativen und Antisemiten alle Geldnoth ein Ende. Wie ihre Führer selbst verkünden, stehen ihnen pecuniäre Mittel in „unbeschränktem“ Umfange zu Gebote. Täglich werden neue Agitations-Organe gegründet, und von denen, die schon früher bestanden, aber bisher nicht leben und sterben konnten, hat das eine bereits im theuersten Quartiere der Stadt Berlin ein eigenes Haus kaufen können und das andere ist im Begriff, für den Preis von beinahe einer Million Mark über den Ankauf eines großen Etablissements mit eigener Druckerei ꝛc. abzuschließen. Daneben werden stenographische Berichte von Parlaments- und sonstigen Reden, Flugschriften und Zeitungs-Probenummern in Hunderttausenden von Exemplaren durch das ganze Land verbreitet. So konnte Herr Stöcker am Sonnabend auf einer conservativen Versammlung in Minden sagen: „Ein gut situirter Berliner Bürger legte mir 10,000 Mark für die Wahlagitation auf den Tisch und hat nachher wohl noch 12—13,000 Mark gegeben.“ Daran, daß die preußischen kleinadlichen Agrarier auf einmal im Stande und bereit sein sollten, Hunderttausende (denn um die handelt es sich) zu opfern, will Niemand glauben, und so bleibt der Ursprung des unerschöpflichen Geldsäckels, aus welchem die betreffenden Preßorgane wirthschaften, vorläufig unaufgeklärt.

In einer Zeit, da das Centrum sich wieder auf jede Weise bemüht, die Intimität mit den Conservativen herzustellen, ist es wohl angebracht, an die Rolle zu erinnern, die diese Partei noch in der vorigen Session spielte, wo die allgemein politische Lage mit der heutigen bereits die größte Aehnlichkeit hatte. Damals standen zwei Fragen auf der Tagesordnung, die für die innere und äußere Sicherheit und Wehrhaftigkeit des Vaterlandes von der allergrößten Bedeutung waren. Es galt die militairische Kraft unseres Reiches in einer Weise zu stärken, daß wir auf alle Gefahren und Wechselfälle wohl vorbereitet wären, und es galt, durch Erneuerung des Socialistengesetzes die innere Sicherheit unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gegen revolutionäre Umsturzbestrebungen zu verbürgen. In diesen beiden hochwichtigen Anliegen kam die Reichsregierung nur dadurch zum Ziel, daß sie von den Liberalen einschließlich derjenigen Elemente, die heute die Secession bilden, kräftig unterstützt wurde, während das Centrum in weit überwiegender Mehrheit sich rundweg ablehnend verhielt. Auf ferner liegende Zeiten wollen wir gar nicht zurückgreifen, um nachzuweisen, welcher Verlaß auf diese Partei ist, die sich heute dem Reichskanzler so dienstfertig als Stütze aufdrängt. Wenn in einer Zeit, da schon der Wind im Culturkampf sich gedreht, da Herr von Puttkamer bereits seine Politik der Versöhnung begonnen hatte, bei solchen für die Sicherheit des Reichs und Staats entscheidenden Fragen die ultramontane Partei vollständig versagt hat, so sollte man annehmen, ihr Charakter und ihr politischer Werth für eine nationale Staatskunst sei damit für alle Zeiten festgestellt. Was wiegt Dem gegenüber die Uebereinstimmung in etlichen rückschrittlichen Bestrebungen auf wirthschaftspolitischem Gebiet oder die Dienstleistung in kleinen persönlichen Liebhabereien des Reichskanzlers? Allein in unserem gegenwärtigen politischen Leben wird die Vergangenheit, und wenn sie nicht älter als ein Jahr ist, gar zu leicht vergessen. Die Conservativen werden nicht irre in der Ueberzeugung, daß nur im Bunde mit dem Centrum das Heil sei, und der Reichskanzler trägt kein Bedenken, auch in Fragen, wo eine Verständigung mit dem gemäßigten Liberalismus keineswegs ausgeschlossen ist, wie z. B. jetzt wieder bei dem Unfallversicherungsgesetz, lieber den weit schwerer wiegenden Bedingungen des Centrums als denen der Nationalliberalen entgegenzukommen. Es werden offenbar noch entscheidendere Proben auf die Verläßlichkeit des Centrums für eine nationale Politik angestellt werden müssen, ehe die Grundverhältnisse unseres politisch-parlamentarischen Lebens wieder in einer gesunden und heilsamen Weise zurecht gerückt werden.

Die Anregung des Abg. v. Varnbüler, betr. die Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes, ist jetzt in Gestalt eines formellen Antrags im Reichstag eingebracht worden. Ob er noch eine freie Zeit zur Berathung findet, muß bezweifelt werden. Eine günstige Stimmung findet er nur vereinzelt in conservativen Kreisen vor.

In Frankreich nehmen heute die Osterferien des Parlaments ihr Ende und damit kommt die Regierung wieder in die Lage, über ihre Thaten Rede stehen zu müssen. Barthélemy Saint-Hilaire will den Anfragen zuvorkommen und erklären, daß er über Tunis Nichts zu sagen habe, bis die Operationen beendet seien, dann aber im Gelben Buche sich ausführlich vernehmen lassen wolle. Der Kriegsminister General Farre hat sich vor acht Tagen stark gemacht, bis zum 12. werde er Herr von Tunis sein. Die Kammer wird bei der Budget-Debatte über Tunis zu verhandeln haben. Auch der in Aussicht stehende Garantie-Vertrag mit Tunis muß laut Art. 8 des constitutionellen Gesetzes vom 16. Juli 1875 die Genehmigung beider Kammern erhalten.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der italienische Botschafter, General Cialdini, eine Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen gepflogen, wobei sich eine ernste Verschiedenheit beider Regierungen hinsichtlich ihrer Auffassung der tunesischen Angelegenheit herausgestellt hat. Hinzugefügt wird, man dürfe nicht überrascht sein, demnächst zu erfahren, daß General Cialdini eine Urlaubsreise angetreten habe. — Die erfolgte Besetzung des als „formidabel“ angegebenen Berges Abdallah ben Djennel durch die Franzosen, ohne daß sie überhaupt auf Krumirs dabei gestoßen sind, macht in Paris, wie die „Post“ von dort meldet, doch im Allgemeinen einen Eindruck, vermischt mit einem gewissen Gefühl des Lächerlichen. Die Krumirs sollen wieder nach Norden und Nord-Osten ausgewichen sein. Man glaubt, die Campagne gegen sie sei nunmehr beendet und ihre freiwillige Unterwerfung sicher. — Ueber die Stimmung in Paris wird der „K. Z.“ geschrieben: „Der Einmarsch der Franzosen in Tunis selbst ist als sicher zu betrachten, da der Bey der französischen Bajonette in der Hauptstadt bedarf, um die an ihn gestellten Forderungen gewähren zu können. Der Bey zeigt sich, wie die Berichte aus Tunis melden, äußerlich noch immer störrisch. Dieses ist aber reines Spiel. Man ist vollständig einig, und Frankreich wird Alles, was es nur wünscht und will, von dem braven Manne erhalten. Vor einiger Zeit hieß es, der Sohn Garibaldi's werde nach Tunis gehen, um den Krieg gegen Frankreich mitzumachen. Der „Patriote Savoisien“ bringt nun ein von Garibaldi an den ehemaligen Commandanten der savoyardischen Freischaaren bei der Vogesen-Armee, Michard, gerichtetes Schreiben aus Caprera vom 2. Mai, worin Dies in Abrede gestellt wird. Garibaldi entwickelt nebenbei folgende Idee: „Ein Italiener Bürger in Frankreich, ein Franzose Bürger in Italien, das ist das Ziel, welches wir erreichen müssen. Keine Schlagbäume, keine Grenzen mehr, vollständige Gleichheit und Brüderlichkeit, die der menschlichen Brüderlichkeit als Grundlagen werden dienen können.“ — Auch das dem italienischen Ministerium freundlich gesinnte Journal „Fracassa“ meldet die Occupation von Tunis als bevorstehend. Es sei dies ein Factum, das verdiene, hervorgehoben zu werden, da es den officiellen Erklärungen der französischen Regierung widerspreche und sie dementire. — Der „Times“ zufolge erklärte der französische Botschafter der Pforte, die Absendung irgendwelcher Truppenmacht nach Tunis würde von Frankreich als casus belli betrachtet werden.

In der Kammer hatte am Dienstag der italienische Ministerpräsident ein peinliches Verhör zu bestehen. In Beantwortung der von den Deputirten Guiccioli und Fabrizi gestellten Anfragen erklärte Ministerpräsident Cairoli, die von ausländischen Blättern gegen die Vertreter Italiens in Tunis vorgebrachten Anschuldigungen seien so übertrieben, daß sie nicht einmal den Stempel der Wahrscheinlichkeit an sich trügen. Der Consul Maccio habe seine Pflicht

12 Uhr